

des Abgeordneten Kiegel: Das haben wir Euch in Saarbrücken auf dem Verbandstag schon angekündigt!

Meine Fraktion vertritt also die Ansicht, daß der Antrag der kommunistischen Fraktion an die falsche Adresse gerichtet ist. Längst bevor Sie kamen (zu den Kommunisten) hatten die Gewerkschaften der anderen Organisationen bereits die nötigen Schritte unternommen. Nach den letzten Pressmeldungen sind 5 Millionen Reichsmark zur Unterstützung der Knappschafft zur Auszahlung der Renten erfolgt. (Stoße des Vorsitzenden.)

Meine Redezeit ist abgelaufen. Meine Fraktion stimmt dem Antrag auf Ueberweisung an den Provinzialausschuß zu.

Vorsitzender Dr. Jarres: Die Besprechung ist geschlossen. Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort Herr Abgeordneter Renner.

Abgeordneter Renner: In dem Antrage, den die kommunistische Fraktion zu dieser Frage gestellt hat, heißt es im Gegensatz zu der Behauptung des sozialdemokratischen Sprechers:

Die ungeheuerlichen Maßnahmen, die beschlossen wurden auch mit Zustimmung der Gewerkschaftsvertreter, treffen fast 40 Prozent der Leistungsempfänger. (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Das ist keine persönliche Bemerkung! Sie können doch nicht den Antrag noch einmal interpretieren!)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das ist keine persönliche Bemerkung. Die persönliche Bemerkung darf nur eine Unrichtigkeit klarstellen oder Angriffe zurückweisen.

Abgeordneter Renner: Wenn der Angriff . . . (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Sie dürfen nachweisen, daß sich die Ballen nicht gebogen haben! —

Weiterkeit.) Ich stelle fest, daß die Ausführungen des sozialdemokratischen Sprechers . . .

Vorsitzender Dr. Jarres: Herr Abgeordneter Renner! Ich entziehe Ihnen das Wort.

Abgeordneter Renner: Das war also Schwindel. (Zurufe zwischen den Sozialdemokraten und Kommunisten.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Wir kommen zur Abstimmung. — Ich bitte, die persönliche Unterhaltung zu unterlassen. — Getrennte Abstimmung wird nicht gewünscht. Dann lasse ich über die Punkte 41, 42 und 43 gemeinschaftlich abstimmen. Ich bitte diejenigen, die für den Antrag des Sachausschusses sind, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit, der Antrag ist angenommen.

Meine Damen und Herren! Eben habe ich vorgeschlagen, nunmehr die Vertagung eintreten zu lassen. Das haben Sie gutgeheißen. Wir können deshalb für heute unsere Verhandlungen abbrechen. Ich schlage vor, daß wir uns auf morgen früh 10 Uhr vertagen. Vorher um 9¼ Uhr sollen der I. und IV. Sachausschuß zusammentreten. Der Vorsitzende des I. Sachausschusses hat mich gebeten, das hier bekanntzumachen. Dann möchte ich doch vorschlagen, daß um 10 Uhr der Ältestenrat zusammentritt und um 10¼ Uhr das Plenum. Sind Sie damit einverstanden? (Zustimmung.) Ich bitte dann um die Ermächtigung, die Tagesordnung festzusetzen und auf diese Tagesordnung alle diejenigen Punkte zu setzen, die bisher noch nicht erledigt worden sind. Ich nehme an, daß wir morgen gegen 1 Uhr mit unseren Beratungen fertig werden.

Das Wort wird weiter nicht gewünscht. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung: 17 Uhr 25 Minuten.)

Sechste Sitzung

im Ständehause zu Düsseldorf, Samstag, den 28. März 1931.

(Beginn: 11 Uhr.)

Tagesordnung:

1. Eingänge.
2. Antrag des I., II., III. und V. Sachausschusses zum außerordentlichen Haushaltsplan für 1931.
3. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. Aufnahme einer Anleihe von 7 327 800 RM.

In Verbindung hiermit:

Antrag des I. Sachausschusses zu

a) dem Antrage der SPD.-Fraktion auf Erhöhung der Anleihe von 7 327 800 RM auf 15 Millionen RM und

b) dem Antrage der SPD.-Fraktion, von den beantragten 15 Millionen RM 10 Millionen RM zur Unterstützung des Kreis- und Gemeindegewerbaues zur Verfügung zu stellen.

4. Antrag des I. Sachausschusses zu Kapitel 1—9 und

100 des ordentlichen Haushaltsplanes für 1931, betr. Finanzverwaltung.

5. Antrag des I. Sachausschusses zum Haushaltsplan der Provinzialverwaltung für 1931 nebst Vorbericht hierzu.

6. Antrag des I. und IV. Sachausschusses zu dem Antrage der Fraktion Arbeitsgemeinschaft, betr. Vermeidung von Fehlbeträgen im Rechnungsjahr 1931.

7. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Antrage der Fraktion der Wirtschaftspartei, betr. Regelung einer anderweitigen Besteuerung der Kraftfahrzeuge.

Nachtrags-Tagesordnung:

1. Einspruch des Abgeordneten Simon gegen die ihm vom 1. stellvertretenden Vorsitzenden des Provinziallandtages erteilten Ordnungsrufe.

2. Antrag des I. und IV. Sachausschusses zu dem Antrage der SPD.-Fraktion, betr. Wiederherstel-

lung des bisher im Etat eingeseht gewesenen Betrages von 200 000 RM für Gesundheits- und Erholungsfürsorge für Kinder Nichtversicherter.

3. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Antrage der Fraktion der NSDAP., betr. Auflösung des Provinziallandtags und Ausschreibung von Neuwahlen.

4. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Antrage der Fraktion der NSDAP., betr. Einbau einer Radioanlage im Sitzungssaale des Ständehauses.

Vorsitzender Dr. Jarres: Die Sitzung ist eröffnet. Ich bitte, Platz zu nehmen und die Türen zu schließen.

Die Niederschrift über die gestrige Plenarsitzung liegt auf dem Tische des Hauses zur Einsicht offen.

Schriftführer für die heutige Sitzung sind zunächst die Herren Dr. Diggans und Hauck.

Die Tagesordnung ist Ihnen vorgelegt worden; sie umfaßt sieben Punkte. Dazu kommt noch eine Nachtragstagesordnung:

1. Einspruch des Abgeordneten Simon gegen die ihm vom ersten stellvertretenden Vorsitzenden des Provinziallandtages erteilten Ordnungsrufe.

2. Antrag des I. und IV. Sachausschusses zu dem Antrage der SPD.-Fraktion, betreffend Wiederherstellung des bisher im Etat eingeseht gewesenen Betrages von 200 000 RM für Gesundheits- und Erholungsfürsorge für Kinder Nichtversicherter.

3. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Antrage der Fraktion der NSDAP., betreffend Auflösung des Provinziallandtages und Ausschreibung von Neuwahlen.

4. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Antrage der Fraktion der NSDAP., betreffend Einbau einer Radioanlage im Sitzungssaale des Ständehauses.

Mit Punkt 6 der Tagesordnung ist verbunden der Änderungsantrag der Arbeitsgemeinschaft zur Drucksache 99; er ist Ihnen unter Drucksache 154 vorgelegt worden.

Gegen die geschäftliche Behandlung in dieser Form werden von Ihnen Einwendungen nicht erhoben.

Wir treten in die Tagesordnung ein und kommen zu Punkt 2 bis 7, bei Festsetzung der Redezeit auf 15 Minuten, wie gestern bereits besprochen.

Dazu zu Nr. 6 der Antrag des I. Sachausschusses zu dem Antrage 154.

Das Wort als Berichterstatter hat zunächst Herr Dr. Hartmann für den I. Sachausschuß. Ich bitte, die Punkte 1 bis 5 gleich zusammen zu behandeln.

Abgeordneter Dr. Hartmann: Meine Damen und Herren! Bei dem außerordentlichen Haushaltsplan hat der I. Sachausschuß es begrüßt, daß er in dieser Vollständigkeit in diesem Jahre erschienen ist. Gleichwohl hat er die Bitte daran geknüpft, daß auch in Zukunft nicht nur die neu aufzunehmenden Schulden aufgeführt werden, sondern auch eine Uebersicht über den bisherigen Schuldenstand gegeben werden möchte. Der Herr Landeshauptmann hat uns zugesagt, dieser Bitte zu entsprechen.

Der diesjährige außerordentliche Haushaltsplan schließt mit einer Summe von 18,2 Millionen ab. Das ist eine Höhe, wie wir sie in den letzten Jahren nicht erreicht haben. Aber an sich wird diese Summe von 18,2 Millionen nicht eine so große Belastung des ordentlichen Haushaltsplanes hervorrufen, da eine

Summe von 10,9 Millionen bekanntlich für die Beteiligung an der Landesbank notwendig ist, eine Ausgabe, die an sich rentierlich bleibt.

Ueber die übrigen Anleihe summen ist auch im einzelnen im I. Sachausschuß gesprochen worden. Ich brauche die einzelnen Anleihen, soweit sie schon Ihre Genehmigung gefunden haben, nicht ausführlich vorzutragen; ich kann mich auf die Posten beschränken, die hier noch nicht zur Sprache gekommen sind.

Unter 2) ist im außerordentlichen Haushaltsplan eine neu aufzunehmende Anleihe von 119 620 RM für die Beteiligung am rheinisch-westfälischen Elektrizitätswerk vorgesehen. Gegen diese Anleihe wurden von einigen Seiten Einwendungen erhoben. Die Mehrheit des I. Sachausschusses trat aber der Ansicht des Herrn Landeshauptmanns bei, daß es unbedingt erforderlich ist, bei diesem gemischt-wirtschaftlichen Betriebe die kommunale Mehrheit zu erhalten und daß die Provinz nicht an letzter Stelle verpflichtet ist, für diese Mehrheit zu sorgen. (Abgeordneter Hoffmann: Sehr richtig!)

Bezüglich der neu aufzunehmenden Anleihe, die wir für alle möglichen Hochbauten nötig haben, muß ich bemerken, daß auch der Sachausschuß diese — sagen wir mal — Kleiderausgaben auf den außerordentlichen Haushaltsplan genommen hat. Die Meinungen darüber, ob dies richtig ist, werden auseinandergehen. Aber man kann dem Herrn Landeshauptmann in seiner Ausführung darin beitreten, daß tatsächlich diese Ausgaben doch eine Bereicherung der Substanz bedeuten.

Gegen die Ausgaben für die Taubstummenanstalt in Lachen wurde der Einwand erhoben, daß es wohl möglich sei, den Bau dieser Taubstummenanstalt hinauszuschieben. An sich ist dieser Punkt erledigt worden durch Ihre Beschlußfassung, den Bau sofort auszuführen. Die Mehrheit des I. Sachausschusses war derselben Ansicht.

Allgemein ist dann zu bemerken, daß man bezüglich der Anleihe der Auffassung war, eine solche Anleihe nur tatsächlich dann zu begeben, wenn man die Sicherheit hat, daß man eine langfristige Anleihe placieren kann. Die Herren, die diese Einwendungen erhoben, waren der Ansicht, daß man nicht den Anleihe markt beunruhigen dürfe und sich vor allen Dingen vor kurz- oder mittelfristigen Schulden hüten solle. Die Mehrheit des Ausschusses stand aber auf dem Standpunkt, die Aufgabe sei so dringend, daß man nicht darauf warten könne, bis eine langfristige Anleihe möglich sei. Die Aussichten für eine langfristige Anleihe sind nicht so günstig, daß man mit einer bestimmten Zeit rechnen kann. Infolgedessen hat auch der Ausschuß sich entschlossen, dem Vorschlage beizutreten, kurz- und mittelfristige Anleihen aufzunehmen, soweit es erforderlich ist.

Meine Damen und Herren! Bezüglich der Anleihebedingungen sind wir nicht in der Lage, irgendein kompetentes Urteil darüber abzugeben, ob im Laufe des Jahres sich die Bedingungen halten werden oder nicht. Aber wir glauben doch, daß die Berechnung des Disagios, wie es hier vorgenommen ist, mit 9 Prozent den momentanen Verhältnissen entspricht, und daß es nicht möglich sein wird, eine billigere Placierung zu finden.

Ich darf mich dann wohl dem ordentlichen Haushaltsplan auf Seite 10 zuwenden und dazu bezüglich der Einnahmen bemerken, daß die Einnahmen, wie sie unter Dotationen des Staates, Anteile an der Reichseinkommensteuer, Anteile an der Reichskörperschaftsteuer und der Reichskraftfahrzeugsteuer eingesetzt worden sind, Schätzungen sind. Wir sind nicht in der Lage, diese vorgenommenen Schätzungen irgendwie zu erschüttern, denn bei den Schätzungen hat man sowohl die neueren gesetzlichen Bestimmungen, die für die Verteilung dieser Steueraufkommen maßgebend sind, als auch die augenblickliche wirtschaftliche Lage berücksichtigt.

Bezüglich des Aufkommens an Provinzialumlage kann man sicherlich bedenklich sein. Es erscheint mir persönlich z. B. fraglich, ob wirklich der Abstrich, den die Provinzialverwaltung gegenüber dem vorigen Jahre mit 600 000 RM bei diesem Aufkommen gemacht hat, ausreichend sein wird. Aber da alles einer Schätzung unterliegt, sind wir gerne dem Vorschlage gefolgt, denn er hat das eine Gute auch an sich, daß auf der anderen Seite dieser Ausfall gedeckt werden kann. Dieser Ausfall kann seine Deckung in der Heranziehung der Bürgersteuer finden. Wir haben zum ersten Male hier darüber zu befinden, daß auch die Bürgersteuer genau so mit den Zuschlägen der Provinz bedacht wird wie die Ueberweisungen an Körperschafts- und Reichseinkommensteuer. Die Bürgersteuer wird allerdings nur zu 50 Prozent herangezogen. Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß wir es an sich im Interesse der Provinz begrüßen können, daß auch die Provinz an dieser neuen Steuer Anteil nimmt. Andererseits darf man aber nicht vergessen, daß es für die Gemeinden eine gewisse Belastung bedeutet, nicht nur deshalb, weil diese Steuer überhaupt herangezogen wird, sondern vor allen Dingen auch deshalb, weil diese Steuer genau so wie die anderen nach dem berechtigten Veranlagungsfall erhoben wird. Wer die ersten Erfahrungen mit der Bürgersteuer gemacht hat, weiß sehr gut, daß das berichtigte Veranlagungsfall besonders durch die Bestimmung, daß Erwerbslose freigestellt werden, in den Gemeinden bei weitem nicht erreicht wird. Es werden gerade bei dieser Position die Gemeinden die eine oder andere Einbuße zu erleiden haben.

Bezüglich der Ausgaben Seite muß ich bemerken, daß der wesentlichste Posten immer noch die Verzinsung und Tilgung der Anleihen bleibt, unter Nr. 3 und Nr. 1. Wir haben diesen Posten ja von 9,1 Millionen im vorigen Jahre auf 8,2 Millionen herabgesetzt. Es ist möglich gewesen, diese Senkung vorzunehmen, weil die Tilgung bei der Straßenanleihe von 5 auf 2 Prozent gesenkt wurde. Diese Maßnahme kann man gut heißen, und auch der Ausschuß hat sie gutgeheißen, und zwar in der Hauptsache mit der Begründung, daß die Lebensdauer einer Neupflasterung so lange ist, daß die 2prozentige Tilgung ausreichend sein wird. Aber wir stehen mit dem Vorbericht doch auf dem Standpunkt, daß es eine vorübergehende Maßnahme sein muß. Denn für die Frage, ob die Tilgung für Neupflasterungen und Verbesserungen der Straßen ausreichend ist, kommt nicht allein die Lebensdauer dieser Neuanlagen in Frage, sondern es ist wesentlich mit zu berücksichtigen, daß die Ausgaben gerade bei diesem Posten durch Erweiterung des Straßennetzes und

durch Neuschaffung weiterer Straßen von Jahr zu Jahr steigen werden. Deshalb würden wir es begrüßen, wenn die Senkung der Tilgung in den nächsten Jahren wieder rückgängig gemacht werden könnte und wir zu einer stärkeren Tilgung kommen könnten.

Meine Damen und Herren! Der Posten von 8,2 Millionen jährlicher Belastung durch die Schulden erscheint zweifellos sehr hoch. Wenn man bedenkt, daß wir in der Provinz im Jahre 1913/14 insgesamt nur 2,6 Millionen für diese Sache zu tragen hatten, so kommt man zu der Feststellung, daß das Kontrahieren von Schulden in den letzten Jahren in einem sehr schnellen Tempo vor sich gegangen ist. Ich gebe allerdings zu, daß von diesen 8,2 Millionen Schulden der größte Posten durch eine neue Einnahme getragen wird, die man im Jahre 1913/14 noch nicht gekannt hat, nämlich durch die Kraftfahrzeugsteuer, daß ein weiterer Posten ohne weiteres Deckung findet durch die Übertragungen der Landesbank. Aber es verbleiben übrig doch noch immer 20 Millionen neuer Schulden allein auf dem Steuerhaushalt. Wenn Sie berechnen, daß wir im großen und ganzen 10 Prozent davon zu tragen haben, dann haben wir heute gegenüber der Vorkriegsschuld, die für die außerordentlichen Ausgaben eine Spanne von 20, 30 und noch mehr Jahren umfaßte und 2,6 Millionen betrug, heute schon 2 Millionen erreicht. Das ist eine Summe, die immerhin zu denken gibt und uns mahnt, in der Zukunft eine gewisse Vorsicht zu beobachten.

Wir haben dann unter dem Posten „Sonstiges“ zur Deckung der Fehlbeträge eine Summe von 550 000 RM eingesetzt. Der Fehlbetrag wird, wie im Vorbericht schon ausgeführt ist, wahrscheinlich dadurch entstehen, daß die Kraftfahrzeugsteuer im Jahre 1930 das Aufkommen nicht haben wird, das wir angenommen haben. Es muß sogar nach dem Vorbericht der ausdrückliche Vorbehalt gemacht werden, noch eine weitere Million zu decken, wenn die Kraftfahrzeugsteuer 1930 nicht so fließt und sogar einen Fehlbetrag, von 1,5 Millionen, wie vielleicht zu erwarten ist, aufweisen wird. Diese Million soll dann durch Kürzung der Ausgaben bei der Unterhaltung der Provinzstraßen gedeckt werden.

Meine Damen und Herren! Ich darf dann mich zu dem weiteren Punkte, zur Deckungsfrage im Vorbericht, wenden.

Wir sind, glaube ich, alle der Auffassung, wie sie in den Statsreden zum Ausdruck gekommen ist, daß die ganzen wirtschaftlichen Verhältnisse im Augenblick so dunkel sind, daß man nicht mit Sicherheit damit rechnen kann, daß in Kürze eine Besserung eintritt. Deshalb freuen wir uns in erster Linie, daß auf keinen Fall eine Erhöhung der Provinzialumlage notwendig ist, sondern daß wir von den Kommunen nur dieselben Umlagen zu fordern brauchen wie im Vorjahr. Es wird deshalb auch vom I. Sachausschuß vorgeschlagen, dem Antrage des Provinzialausschusses beizutreten, der den Wortlaut hat:

„Der Provinziallandtag setzt die zur Herbeiführung des Gleichgewichts zwischen Einnahmen und Ausgaben zu erhebende Provinzialumlage fest auf 5,25 Prozent der den Stadt- und Landkreisen, bei letzteren einschließlich der zugehörigen Gemeinden, für das Rechnungsjahr 1930 zufließenden Ueberweisungen aus der

Reichseinkommen- und Körperschaftssteuer, sowie 5,25 Prozent der Hälfte der in den Stadt- und Landkreisen veranlagten Bürgersteuer, sowie auf 9,79 Prozent der in diesen für das Rechnungsjahr 1931 vom Staate veranlagten Realsteuern. Solange die Maßstabsteuern für das Rechnungsjahr 1931 nicht endgültig feststehen, haben die Stadt- und Landkreise auf die Provinzialumlage in vierteljährlichen Raten Vorschüsse in Höhe der im Rechnungsjahr 1930 erhobenen Provinzialumlage zu leisten.

Sollten die Nebenverfügungen aus der Kraftfahrzeugsteuer für das Rechnungsjahr 1931 einen anderen Betrag ergeben, als im Kapitel 2 Titel 4 vorgesehen, so wird der Provinzialausschuß beauftragt, zur gegebenen Zeit den Ausgleich im Haushalt der Provinzialverwaltung herbeizuführen.

Und sollte der Ausfall an Kraftfahrzeugsteuer für das Jahr 1930 einen durch den vorliegenden Haushaltsplan für 1931 noch nicht gedeckten Fehlbetrag ergeben, so wird der Provinzialausschuß ermächtigt, seine Deckung bis zum Betrage von 1 Million durch Kürzung der in Kapitel 20 Titel 21 für den Straßenbau vorgesehenen Ausgabe herbeizuführen."

Der I. Sachausschuß bittet Sie, diesen Vorschlägen des Provinzialausschusses beizutreten.

Stellvertretender Vorsitzender Eberle: Das Wort als nächster Berichterstatter hat Herr Abgeordneter von Stedman.

Abgeordneter von Stedman: Meine Damen und Herren! Der II. Sachausschuß hat sich mit dem ordentlichen und außerordentlichen Haushaltsplan beschäftigt.

Ich mache darauf aufmerksam, daß es auffallen könnte, daß für die Miers-Regulierung in diesem Jahr ein bedeutend geringerer Betrag eingesetzt worden ist als im Vorjahre. Das liegt daran, daß, bevor an die weiteren Arbeiten der Miers-Regulierung herangegangen werden kann, zunächst die Mühlenstau beseitigt werden müssen. Diese Arbeiten sind zur Zeit in Angriff genommen. Wir müssen damit rechnen, daß im nächsten Jahre dieser Betrag wieder erhöht wird.

Der II. Sachausschuß empfiehlt Ihnen, die Vorlage unverändert anzunehmen.

Stellvertretender Vorsitzender Eberle: Nächster Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Sidmann.

Abgeordneter Sidmann: Meine Damen und Herren! Im außerordentlichen Etat werden für bauliche Änderungen angefordert für die Anstalt Braunweiler 183 000 RM, für die Heilanstalt Udernach 207 000 RM, für die Anstalt Bonn 34 000 RM und für die Anstalt Galkhausen 30 500 RM.

Die Unterbringungsmöglichkeit der Insassen der Anstalt Braunweiler ist selbst bei den allerbescheidensten Ansprüchen unzulänglich. Es wurde bereits in diesen Tagen auf die Unzulänglichkeit der Unterbringung hingewiesen. Wenn diese baulichen Änderungen vorgenommen werden, ist es möglich, hier erträgliche Verhältnisse zu schaffen.

Die stärkere Belegung der Heil- und Pflegeanstalt Udernach fordert dringend eine Umänderung der bisherigen Küchenanlagen. Ebenso trifft dies für die Anstalt Bonn zu, wo ebenfalls ein geordneter Küchenbetrieb unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht durchzuführen ist.

In der Anstalt Galkhausen bedarf die Bäckereianlage dringend der Umänderung, da die Gefahr besteht, daß der vorhandene Backofen eines Tages zusammenfällt und die Brotversorgung der Anstalt gefährdet wird.

Die Provinzialkommission hat im Laufe dieses Jahres die einzelnen Anstalten besichtigt und die Vorlagen dringend befürwortet.

Der V. Sachausschuß beantragt daher die unveränderte Annahme der gemachten Vorlagen.

Stellvertretender Vorsitzender Eberle: Als weiterer Berichterstatter hat das Wort Herr Abgeordneter Dr. Bracht.

Abgeordneter Dr. Bracht: Meine Damen und Herren! Bezüglich der Anträge 78 und 79 kann ich mich auf die Ausführungen des Herrn Berichterstatters Dr. Hartmann beziehen. Der I. Sachausschuß schlägt Ihnen Ablehnung vor.

Der Antrag 99 hat verschiedene Formulierungen gefunden. Die endgültige Formulierung des I. Sachausschusses, die nach Beratung mit dem IV. Sachausschuß zustande gekommen ist, liegt Ihnen jetzt in Drucksache 154 vor. Der Antrag hat eine sehr eingehende Erörterung im I. Sachausschuß gefunden. Seitens der Gegner wurde das Bedenken geäußert, daß nach Verabschiedung des Provinzialhaushalts die Verwaltung zusammen mit dem Provinzialausschuß einen wesentlich verkürzten Haushalt zur Ausführung bringen könnte. Es ist demgegenüber hervorzuheben, daß das weder die Absicht der Antragsteller noch derjenigen Mitglieder des I. Sachausschusses ist, die sich für die Tendenz des Antrages erklärt haben. Es ist durchaus der Wunsch und die Erwartung, daß der Provinzialhaushalt, wenn er verabschiedet wird, unverzüglich und in dem bewilligten Umfange zur Ausführung gebracht wird. Der Antrag bedeutet lediglich eine Maßnahme der Vorsicht angesichts der völlig ungeklärten Wirtschaftslage. Es soll damit bezweckt werden, daß, wenn neue Situationen eintreten, die besorgen lassen, daß die Einnahmen in wesentlichem Umfange nicht eingeht, daraus auch alsbald die Konsequenzen gezogen werden, soweit es erforderlich ist. Die Mehrheit des I. Sachausschusses betont ausdrücklich, daß sie selbst wünscht, daß von diesen Möglichkeiten, wenn die Wirtschaftslage nicht unbedingt dazu zwingt, kein Gebrauch gemacht wird, daß also, wie wir hoffen und wünschen, die Auswirkung dieses Antrages im Falle seiner Annahme eine geringe sein möchte, daß es aber immerhin schon die Vorsicht angesichts der Gesamtsituation gebietet, hier auch Ermächtigungen zu geben für den Fall, daß bei einer reiflosen Ausführung des Provinzialhaushalts die Finanzen der Provinz schwer und dauernd erschüttert werden könnten.

Dieser Antrag erklärt sich im übrigen aus der Tatsache, daß der Provinziallandtag nur einmal im Jahre zusammentritt und daß ein häufigerer Zusammentritt auch nicht zu rechtfertigen ist. Es soll damit die besondere Aufmerksamkeit der Verwaltung und des Provinzialausschusses auf die Gesamtlage gelenkt und ihnen zur Pflicht gemacht werden, die finanzielle Lage fortwährend zu überprüfen, ob der bewilligte Haushalt auch bei weiteren wirtschaftlichen Schwierigkeiten in vollem Umfange durchführbar ist. Die Verhandlungen mit dem IV. Sachausschuß haben ergeben, daß sich dafür eine Mehrheit gefunden hat. Ich darf deswegen

auch gleich mitteilen, daß ich diese Erklärung auch im Namen von Frau Schumacher-Köhl abgebe.

Der I. und der IV. Sachausschuß schlagen Ihnen also vor, den Antrag der Arbeitsgemeinschaft in der Formulierung anzunehmen, wie sie Drucksache 154 vorliegt. (Zuruf des Abgeordneten Kurth: Der IV. Sachausschuß hat doch nicht mitabgestimmt!) Ich habe die Feststellung des Ausschußvorsitzenden so verstanden; ich bitte, mich eventuell nachher zu korrigieren.

Zu Punkt 7 bittet der I. Sachausschuß, den Antrag der Wirtschaftspartei, betreffend Regelung einer anderweitigen Besteuerung der Kraftfahrzeuge, dem Provinzialausschuß zu überweisen.

Der I. Sachausschuß identifiziert sich nicht mit dem Wunsche, die Kraftfahrzeugbesteuerung nach den Wünschen der Antragsteller umzustellen, weil er der Ansicht ist, daß es sich hier um ein Problem handelt, dessen Durchführung Erhebungen und Prüfungen erforderlich macht, die weit über den Aufgabekreis der Provinz hinausgehen. Er hält aber diese Frage für derart bedeutsam, daß auch der Provinzialausschuß sich damit alsbald beschäftigen möchte, vor allem angesichts der Tatsache, daß bei der bisherigen Regelung sowohl der Kraftfahrzeugsteuer wie sonstiger Fragen des Automobilverkehrs die Wegebarverpflichteten nicht immer zu ihrem Recht gekommen sind. Um welche Aufwendungen es sich dabei handelt, das erhellt daraus, daß die Aufwendungen für den Wegebau in Deutschland zwischen 800 und 1200 Millionen im Jahre geschätzt werden. Deswegen bittet auch der I. Sachausschuß einmal um Annahme des Antrages; sodann bittet er den Provinzialausschuß, dieser wirtschaftlich außerordentlich wichtigen Frage gemeinsam mit den anderen Provinzen fortlaufend sein Interesse zuzuwenden.

Stellvertretender Vorsitzender **C h e r l e**: Das Wort zur Berichterstattung hat Frau Abgeordnete Schumacher-Köhl. (Zuruf: Ist schon erledigt!)

Die Berichterstattung ist beendet. Wir treten in die Aussprache ein.

Das Wort hat Herr Abgeordneter Meurer.

Abgeordneter **M e u r e r**: In den beiden vorliegenden Anträgen der kommunistischen Fraktion wird gefordert, die Anleihe, wie sie von der Verwaltung vorgeschlagen wird, von 7 auf 15 Millionen RM zu erhöhen und von diesen 15 Millionen 10 Millionen RM zur Unterstützung des Kreis- und Gemeindewegebaues zur Verfügung zu stellen.

Wie berechtigt diese Anträge sind, beweist ein einziger Blick in den Haushaltsplan für den Straßenbau. Die Debatten, die im III. Sachausschuß zur Frage des Wegebaues geführt worden sind, haben gezeigt, daß unsere Anträge vollauf berechtigt sind, erklärte uns doch die Verwaltung im III. Sachausschuß, daß an Anträgen von Kreisen und Gemeinden bisher allein 781 gestellt sind. Um diese Anträge restlos befriedigen zu können, werden 7,6 Millionen benötigt. Demgegenüber steht aber, wie die Verwaltung erklärt, nur eine einzige Million zur Verfügung, so daß von einem Straßenbau in dieser Beziehung in Zukunft sehr wenig gesprochen werden kann. Für uns ist klar, daß noch weit mehr Anträge vorlägen, wenn die einzelnen Kreise und Gemeinden nicht wüßten, daß sie das Geld doch nicht von der Provinz bekommen. Der Sachausschuß empfiehlt Ihnen die Ablehnung unserer

Anträge. Das ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Aber dieselben Kreise, die hier diese Anträge ablehnen — Zentrum, SPD. und auch die Nazis —, gehen draußen in den Versammlungen und in ihrer Presse dazu über und betonen die Notwendigkeit des Ausbaues der Straßen. Wir werden, wenn Sie diese Anträge ablehnen, draußen der Bevölkerung klar und eindeutig sagen, mit wem sie es zu tun hat. Wir wundern uns nicht darüber, wenn schließlich nachher der Vertreter der Nazis, Herr Simon, oder gar der „Sittlichkeitsapostel“ Terboven hier aufmarschiert und gegen die Anleihopolitik mettert. Aber sie sollen dabei nicht vergessen, die Einstellung ihres Frick zur Frage der Anleihen und der Zinspolitik aufzuzeigen. Bei unseren Anträgen gilt es für Sie, die Versprechungen wahr zu machen, die Sie seit Jahren draußen geben. Bei den Anträgen aber werden Sie nicht daran denken, diese Versprechungen zu erfüllen, sondern Sie werden den Betrug, den Sie systematisch seit Jahren an der werktätigen Bevölkerung draußen begangen haben, auch in dieser Frage fortsetzen. Unsere Hauptaufgabe soll in Zukunft die sein, Sie draußen vor dem Forum der Öffentlichkeit mehr noch als bisher zu entlarven.

Stellvertretender Vorsitzender **C h e r l e**: Das Wort hat Herr Abgeordneter Gerlach.

Abgeordneter **G e r l a c h**: Meine Damen und Herren! Zu dem Antrage der Arbeitsgemeinschaft Nr. 99 in der Form, die er in der Drucksache 154 gefunden hat, habe ich namens meiner Fraktion folgendes auszuführen.

Nach der Erklärung des Berichterstatters, des Herrn Oberbürgermeisters Dr. Bracht, zu diesem Antrage ist eigentlich der ganze Vorschlag der Arbeitsgemeinschaft gegenstandslos. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Denn es gibt bisher keine Verpflichtung für die Provinzialverwaltung etwa in der Richtung, daß alle von uns beschlossenen Mittel auch restlos ausgegeben werden müssen. Die Verpflichtung zur Sparsamkeit hat die Verwaltung bisher schon, und, wenn ich boshaft wäre, könnte ich behaupten, daß in dem Antrage ein gewisses Mißtrauen gegen die Verwaltung läge, als hätte sie bisher diese notwendige Sparsamkeit nicht geübt. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Es liegt aber mehr in dem Antrage, meine Damen und Herren. Die Verhandlungen des Landtages werden einfach überflüssig, wenn hinterher ein anderes Gremium die Möglichkeit hat, hier beschlossene Etatspositionen nach seinem Willen willkürlich herabzusetzen. (Sehr richtig! links.) Deshalb können wir dem Antrage nicht zustimmen. Er geht ja sogar so weit, die Kürzungen dann schon als möglich zuzulassen, wenn Sinnahmeausfälle zu befürchten sind. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Wesenfeld: Ein Fehlbetrag!) Es ist absolut individuell, wann man die Befürchtung hat, daß ein Fehlbetrag eintreten könnte. Wenn wirklich finanzielle Schwierigkeiten eintreten, die ganz allgemein eine starke finanzielle Schwächung des Provinzialverbandes bedeuten, dann werden diese Schwierigkeiten sich nicht nur für die Rheinprovinz ergeben, sondern dann werden sie allgemein auftreten. In einem solchen Falle sollten wir unser einziges Recht als Provinziallandtag, dann erneut zu den Dingen Stellung nehmen zu können,

nicht aus der Hand geben (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), sondern wir sollten hier das Recht der gewählten Vertretung der rheinischen Bevölkerung wahren.

Wir haben aber, meine Damen und Herren, auch noch andere Bedenken gegen den Antrag der Arbeitsgemeinschaft. Wir haben nach den Debatten hier und an anderen Stellen die starke Befürchtung, daß man als tunliches Kürzungsobjekt im wesentlichen die Wohlfahrtsausgaben der Provinz betrachten wird. (Abgeordneter Hoffmann: Hört, hört!) Schon hat die Wirtschaftspartei von der Provinzialverwaltung verlangt, daß einmal eine Aufstellung über alle Einzelmaßnahmen gemacht werden möge, die die Provinzialverwaltung als freiwillige Aufgaben durchführt. Das sind zum großen Teil die Aufgaben der Wohlfahrtspflege, des Landesjugendamtes und ähnliches mehr. Wir wissen aus der Einstellung der Wirtschaftspartei, daß sie gerade da sparen will. Wir haben es bei allen Verhandlungen der Stadtverordnetenversammlungen gesehen, daß man immer wieder bestrebt ist, die Lasten des Hausbesitzes und die Lasten, die durch Gewerbesteuern aufzubringen sind, dadurch zu mildern, daß man an den notwendigen Wohlfahrtsausgaben unerhörte Kürzungen vornehmen will. (Hört, hört! links.) Diese Bestrebungen sollen jetzt auch auf die Provinz übertragen werden, und wir haben die starke Befürchtung, daß der Antrag diesen Bestrebungen die Wege öffnet. (Abgeordneter Dr. Wesenfeld: Hört, hört!)

Meine Damen und Herren! Ich darf nun noch diejenigen, die jetzt den Antrag hier stellen, darauf aufmerksam machen, daß die sozialdemokratische Fraktion in den Zeiten, in denen die Finanzlage der Provinz eine bessere war, die Parteien, die heute Antragsteller sind, vergeblich mit der Provinzialverwaltung gemeinsam gebeten hat, Einnahmen und Ausgaben in Einklang zu bringen und von einer Anleihepolitik abzusehen. Wir haben immer wieder verlangt, daß nicht nur die Verzinsung, sondern auch ein Teilbetrag als Amortisation der alten Anleihen in die Ausgaben mitgestellt würde. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Wesenfeld: Erhöhung der Provinzialumlage!) Ja, Herr Justizrat Wesenfeld, damals war eine solche Erhöhung der Provinzialumlage noch möglich. (Sehr richtig! links.) Und heute, wo das nicht mehr möglich ist, wo durch Ihre damals kurzfristige Politik nun die allgemeine Finanzkatastrophe auch auf die Provinz übergreift, da wollen Sie noch immer nicht neue Einnahmen schaffen, sondern da wollen Sie das, was damals in Ihrer Finanzpolitik falsch gemacht wurde, wiedergutmachen, indem Sie die Wohlfahrtsausgaben — denn das sind diejenigen, die wahrscheinlich für tunlich gehalten werden — kürzen.

Aus diesen allgemeinen Gesichtspunkten heraus sind wir außerstande, für den Antrag auf Drucksache 154 zu stimmen. Wir werden unsere Stimmen gegen den Antrag abgeben. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Weingarten.

Abgeordneter Dr. Weingarten: Meine Damen und Herren! Die Fraktion der Wirtschaftspartei begrüßt außerordentlich den Antrag der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft unter Drucksache 154.

Dieser Antrag will eigentlich nichts anderes als das, was die Wirtschaftspartei seit Jahren fordert, nämlich, daß sämtliche Verwaltungen sofort für den Fall, daß sich Mindereinnahmen herausstellen, die Ausgaben entsprechend kürzen, damit nicht Defizite entstehen. Wir sind außerordentlich erfreut, daß dieser Antrag jetzt eingebracht ist, und wir werden ihm zustimmen.

Meine Damen und Herren! Ich kann den Ausführungen meines Herrn Vorredners nicht folgen, wenn er sagt, daß sich der Provinziallandtag durch Zustimmung zu diesem Antrage selbst ausschalte, daß dann die ganze Statsannahme praktisch keinen Zweck mehr habe. Der Herr Landeshauptmann hat in der Sachausschußsitzung ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Statsansätze Höchstsätze sind, daß es sich hier also um die Höchstbeträge handelt, die für irgendeine Position ausgegeben werden dürfen. Wenn das aber richtig ist, so ist es eigentlich ganz selbstverständlich, daß diese Höchstaussgaben, die gemacht werden dürfen, durchaus nicht unbedingt erreicht werden müssen, und wir müssen sogar auf der anderen Seite verlangen, daß die Verwaltung sich bemüht, nicht die Höchstsätze der Ausgaben zu erreichen, sondern darunter zu bleiben. Und wenn in Ausführung dieses Antrages der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft der Provinzialausschuß für den Fall, daß Mindereinnahmen festzustellen sind (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Zu befürchten sind!), entsprechende Kürzungen der Ausgaben vornimmt, also sagt, in dieser oder jener Position sollen die Höchstsätze, die im Etat angelegt worden sind, nicht erreicht werden, sondern man soll unter diesen Höchstsätzen bleiben, dann bedeutet das durchaus nicht eine Ausschaltung des Provinziallandtages hinsichtlich seines Rechts, den Etat der Provinz festzusetzen.

Meine Damen und Herren! Einen Wunsch und eine Erwartung knüpfen wir allerdings an die Annahme dieses Antrages: Mit Rücksicht auf die außerordentlich große Notlage, unter der die Wirtschaft heute leidet — sowohl der Mittelstand als auch die Arbeiter — erwarten wir, daß im Interesse des Mittelstandes, des Handwerks und auch der Arbeiterschaft nicht die Ausgaben gekürzt werden, die produktiven Zwecken dienen, die die Wirtschaft befruchten, die dem Mittelstande und der Arbeiterschaft Arbeit schaffen. Wir erwarten, daß, wenn Kürzungen vorgenommen werden, sie vor allen Dingen bei anderen Statspositionen erfolgen (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Wo denn?), wobei auch wir nicht der Meinung sind, daß in erster Linie die Wohlfahrtsausgaben gekürzt werden müssen. Wir erwarten vielmehr, daß es dem Provinzialausschuß im Einvernehmen mit dem Herrn Landeshauptmann möglich sein wird, an anderen Statspositionen Kürzungen vorzunehmen, die weder den Mittelstand noch die Arbeiterschaft, noch die Wohlfahrtsunterstützten treffen. (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Schmuserei!)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat der Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Dr. Horion: Meine Damen und Herren! Um keinen Irrtum aufkommen zu lassen, möchte ich bemerken, daß Provinzialausschuß und Landeshauptmann mit dem Antrage in der vorliegenden Fassung durchaus einverstanden sind, zumal nach den Erläuterungen, die der Herr Berichterstatter

gegeben hat, und auch nach den Erläuterungen des Herrn Vorredners, der seinerseits erklärt hat, daß die Ausgaben, die für Zwecke der Wirtschaft und für Zwecke der Wohlfahrt im Haushaltsplan stehen, nach Möglichkeit von diesem Antrage nicht betroffen werden sollen. Das ist aber wohl bei weitem der größte Teil derjenigen Ausgaben, die überhaupt unter den Antrag fallen können, denn die anderen sind ja gesetzlich oder vertraglich gebunden. (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Wasch' mir den Pelz und mach' mich nicht naß!)

Im übrigen möchte ich versichern, was übrigens auch von dem Herrn Landesrat Gerlach einleitend gesagt wurde, daß in vieler Hinsicht der Antrag nur eine Selbstverständlichkeit ausdrückt. Es muß die Aufgabe jedes verantwortungsbewußten Leiters einer Verwaltung sein (Zuruf des Abgeordneten Mohl: Das sagt Brüning auch!), ständig die Finanzlage seiner Körperschaft im Auge zu behalten (Abgeordneter Gerlach: Sehr wahr!) und, wenn er sieht, daß in dieser Finanzlage katastrophale Veränderungen eintreten, die nötigen Maßnahmen zu treffen und eben an diejenige Körperschaft heranzugehen, die ihm im Augenblick zur Verfügung steht — das ist der Provinzialausschuß —, und dann die nötigen Beschlüsse durchzuführen um an Stellen, wo es irgendwie tunlich ist, nun in diesem Augenblick noch Ersparnisse zu machen und völlige finanzielle Zusammenbrüche zu verhindern. Das ist in der Vergangenheit schon geschehen und wird auch in der Zukunft geschehen. Der vorliegende Antrag ist uns eine erneute Mahnung, diesen Grundsatz einer vorsichtigen Finanzwirtschaft, der heute notwendiger ist als je, auch in Zukunft zur Durchführung zu bringen. (Bravo!)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Hartmann.

Abgeordneter Dr. Hartmann: Meine Damen und Herren! Nach den Ausführungen, wie sie der Herr Landeshauptmann und der Herr Berichterstatter gemacht haben, glaube ich, daß ich mich bei der Begründung seitens der Antragsteller ziemlich kurz fassen kann.

Wir haben in allen Etatsreden, die wir hier gehört haben, immer wieder gehört, daß es notwendig ist, auch bei unserer Finanzgebarung sich den wirtschaftlichen Verhältnissen anzupassen. Dieser Antrag zeigt den Weg, wie man tatsächlich diese Mahnung zur Tat werden lassen kann. Wir sind nicht so weit gegangen, wie es in der Provinz Westfalen offenbar geschehen soll. Dort hat der Haushaltsausschuß beschlossen, soviel Streichungen der Ausgaben vorzunehmen, daß eine Senkung der Steuer erfolgen kann. Wir haben davon abgesehen, weil wir der Ueberzeugung sind, daß die Ausgaben, wie sie eingefest wurden, auch tatsächlich notwendig sind. Was wir wollen, ist einzig und allein, daß wir nicht am Schlusse des Jahres mit einem Fehlbetrage, d. h. mit Schulden, dastehen. Der Etat, der jetzt auf dem Papier balanciert, soll auch in Wirklichkeit balancieren. Ich glaube nicht, daß einer im Hause ist, der der Meinung ist, daß nach einem Jahr die Schulden noch leichter getragen werden könnten als jetzt. (Sehr gut! bei der Wirtschaftspartei.) Es wird wohl keiner an eine durchgreifende Besserung der Verhältnisse im kommenden Jahr denken. Aber selbst wenn man mit einer Besserung rechnen könnte —

und das wollen wir gerne alle tun, weil wir immer noch Hoffnung haben —, so wird diese Besserung doch im Provinzialhaushalt nicht erscheinen, sondern erst im nächsten Jahr werden wir spüren, wie stark der Rückgang der Einnahme durch den Rückgang der Steuern ist. (Abgeordneter Krawinkel: Sehr wahr!)

Ich darf hier auch einmal ein Wort namens der Kommunalverbände sagen. Uns ist es vom Standpunkte der Kommunalverbände darum zu tun, nicht Gefahr zu laufen, unter Umständen noch eine Steuererhöhung in den nächsten Jahren zu erfahren, sondern möglichst eine Steuerentlastung, denn das haben wir notwendig. Ich habe den Eindruck, als wenn man die Not der Kommunen zum Teil hier im Hause noch nicht kenne. Der Rock, den die Provinzialverwaltung trägt, mag abgetragen sein. Aber ich kann Ihnen versichern, daß den Kommunalverbänden mittlerweile das Hemd in Fetzen um den Leib herum hängt. (Zustimmung bei der Arbeitsgemeinschaft.) Die Dinge sind viel trostloser, als sie hier bisher bewertet worden sind.

Gegen die Ausführungen, die Herr Landesrat Gerlach gemacht hat, muß ich mich scharf wenden. Wir denken gar nicht daran, irgendeine der Provinzialverwaltung zustehende Aufgabe abzubauen, sondern wir nehmen Anteil an allen Aufgaben, die die Provinzialverwaltung zu lösen hat, auch opferwilligen Anteil. Aber gerade um die Aufgaben durchführen zu können, kommen wir aus der Besorgnis, daß es auf die Dauer vielleicht nicht möglich sein könnte, dazu, möglichst zeitig Sicherungsmaßnahmen zu treffen, damit wir nicht noch weiter in die Schulden geraten. (Zuruf des Abgeordneten Renner: Wie bei Ihnen!) So verfahren wir auch in Remscheid. (Zuruf der Abgeordneten Frau Esser: Auf Kosten der Arbeiterschaft!) Wir sorgen dafür, daß wir Fuß bei Mal halten und daß wir tatsächlich eine gesunde und geordnete Finanzpolitik haben. (Zuruf des Abgeordneten Renner: Abbau der Wohlfahrtsausgaben!) Ich male nicht schwarz in schwarz; das ist nicht notwendig, sondern ich spreche hier nüchtern aus, wie die Dinge heute liegen, und so sind meine Ausführungen auch tatsächlich aufzufassen.

Es ist dann der Einwand erhoben worden, der Antrag sei praktisch nicht durchführbar. Ich wundere mich über diesen Einwand. (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Ueber den Antrag!) Ich komme Ihnen gleich, Herr Hoffmann! Im vorigen Jahre hat der Provinziallandtag, und zwar unter Zustimmung aller Parteien — Herr Gerlach und Herr Hoffmann — beschlossen: „Sollten die Ueberweisungen aus der Kraftfahrzeugsteuer für das Rechnungsjahr 1930 einen anderen Betrag ergeben, als im Haushaltsplan Steuern und Ueberweisungen aus Reichs- und Staatsmitteln vorgesehen ist, so wird der Provinzialausschuß beauftragt, zu gegebener Zeit den Ausgleich beim Haushalt der Provinzialstraßenverwaltung herbeizuführen.“ (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Ganz bestimmt umrissen!)

Meine Damen und Herren! Was hier von der Kraftfahrzeugsteuer gesagt ist, muß in diesem Jahre von allen Steuereinnahmen gesagt werden. Sie sind genau so in ihrer Höhe unsicher, wie es im vorigen Jahre die Kraftfahrzeugsteuer war, und wenn Sie im vorigen Jahre es für tragbar hielten, daß der Provinzialausschuß das Recht bekam, den Ausgleich zu

finden, dann sehe ich nicht ein, daß, wo die Not noch viel größer geworden ist, Sie in diesem Jahre dem Provinzialausschuß dieses Recht nicht geben wollen. (Sehr gut! bei der Wirtschaftspartei.)

Ich darf mich dann auch gegen einen besonderen Einwand wenden, den Herr Gerlach „liebenswürdigweise“ hier aussprach, indem er der Arbeitsgemeinschaft vorwarf, daß sie schon in früheren Jahren hätte Gelegenheit nehmen sollen, höhere Einnahmen zu bewilligen, um an Anleihen vorbeizukommen. Ich kann Ihnen sagen, Herr Gerlach, daß wir der Auffassung waren, daß die damaligen Umlagen zu jeder Zeit schon hoch genug waren und daß sie keine Erhöhung vertragen konnten. (Abgeordneter Krawinkel: Sehr wahr!) Ich freue mich wenigstens für jede öffentliche Körperschaft, die von sich sagen kann, daß sie eine nicht zu große Belastung der Wirtschaft in den letzten Jahren herbeigeführt hat, um auf diese Weise die Wirtschaft tatsächlich dahin zu bringen, wo sie heute steht. (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Die Städte konnten damals noch Ausstellungen bauen, die Presse und die Gefolei!) Wir haben ein gutes Gewissen, wenn wir stets Wert darauf gelegt haben, die Umlagen in dem Umfange zu erhalten, wie sie tragbar waren.

Meine Damen und Herren! Bezüglich der praktischen Ausführungen glaube ich, daß der Einwand, es sei überhaupt nicht so leicht durchführbar, nicht nett ist, denn diejenigen, die ihn erheben, unterschätzen da doch unseren Herrn Landeshauptmann. Ich bin gewiß, daß der Herr Landeshauptmann das, was alle Bürgermeister, kleine und große, können, schon längst kann. Er wird genau so, wie wir es in den Kommunalverwaltungen exerzieren müssen, es auch bei der Provinzialverwaltung gut durchführen können.

Meine Damen und Herren! Aber ich will nicht den Glauben erwecken, als wenn es uns darauf ankäme, Ausgaben zu sparen, sondern wir haben die Hoffnung, daß die Einnahmen wirklich so einkommen, wie sie vorgesehen sind, und keiner würde sich mehr freuen als die Antragsteller selbst, wenn dann die Möglichkeit gegeben wäre, auch die Aufgaben in vollem Umfange des Etats zu erfüllen. (Bravo! bei der Arbeitsgemeinschaft.)

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich schließen mit dem Wunsche, daß Sie möglichst einmütig diesem Antrage zustimmen. (Abgeordneter Hoffmann: Nein, nein!) Ich hätte gerne, Herr Hoffmann, wenn dieses Parlament zeigte, daß wir alle Menschen sind mit einem starken Wirklichkeitsinn, die sich mit beiden Beinen auf die Erde stellen und nicht Gefahr laufen wollen, etwa im luftleeren Raum irgendwo etwas zu bauen (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Wir leben in der Wirklichkeit!), sondern daß wir wirklich dafür sorgen, daß die finanzielle Basis gesund ist. Wenn Sie dem Antrage zustimmen, dann dienen Sie damit nicht der Provinzialverwaltung, sondern ich bin innerlich davon überzeugt, daß dadurch auch das Ansehen dieses Parlaments, des Provinziallandtages, draußen gehoben wird. (Beifall bei der Arbeitsgemeinschaft.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Mohl.

Abgeordneter Mohl: Die Hauptdebatte dreht sich heute am letzten Sitzungstage um die Vorlage der Wirtschaftspartei (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Der Arbeitsgemeinschaft!). Wenn man die Neben hier

dazu hört, bekommt man unwillkürlich den Eindruck, als wenn hier ein paar Konkursverwalter sprächen, die Angst haben, daß ihr Konkursverfahren vielleicht im nächsten Jahre wegen Mangels an Masse nicht mehr durchgeführt werden kann (Su-hu-Muse bei der Wirtschaftspartei), denn einen anderen Sinn haben diese „Ermächtigungsgesetze“ nicht. Es ist schon einmal wieder die große Mode der Ermächtigungsgesetze, genau so wie im Katastrophensjahr 1923, und, wenn man im Reichstag Ermächtigungsgesetze zusammenbraut, dann darf natürlich das kleinste Parlament, das für die Öffentlichkeit vollkommen bedeutungslos ist (Zuruf aus der Wirtschaftspartei: Dann reden Sie doch nicht!), nicht fehlen.

Es ist sehr interessant, daß hier ausgerechnet der Oberbürgermeister Hartmann von Remscheid sich hinstellt und sagt: „Wir wollen nicht im luftleeren Raum Experimente finanzieller Art machen“. In Remscheid versteht er das glänzend. Wenn er meint, die Finanzen müßten gesund bleiben, dann müssen wir feststellen, daß es ihm dabei nur darauf ankommt, daß die Staatsbürokratie gesund bleibt, und wenn die Arbeiter und die Wohlfahrts-erwerblosen dabei verrecken. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Hartmann: Das glauben Sie wohl selbst nicht!) Aber er kann sich als Vertreter der Arbeitsgemeinschaft auf einen Erlaß des Sozialfaschisten Severing stützen, der in einem Hunderlaß ausdrücklich festgelegt hat, daß die finanziellen Ausgaben in erster Linie auch beim Wohlfahrtsset gedrosselt werden sollen. Deswegen berührt es uns als Kommunisten eigentlich etwas eigenartig, daß der Landesrat Gerlach als Vertreter der SPD-Fraktion hier auftritt und sagt, wir müssen ganz energisch Protest gegen diese neue Vorlage erheben. Im gleichen Augenblick sind Sie aber bereit, im Reichstag der Brüning-Schiele-Regierung ein Ermächtigungsgesetz zu geben (Zuruf der Abgeordneten Frau Esser: Sehr wahr, das ist Demagogie!), daß 600 Millionen vom Wohlfahrts- und Sozialetat abgestrichen werden und der Reichstag bis zum 13. Oktober vertagt wird, damit die Herren Diäten schlucker aus dem Reichstag Gelegenheit haben, diesen Trimmerhaufen in der SPD wieder ein bißchen zusammenzuklauen (Lachen bei den Sozialdemokraten) und durch große Agitationsreden zu verhindern, daß selbst der erste Mann davonläuft, nachdem man den zweiten Mann nicht mehr halten konnte. Einen anderen Sinn haben die demagogischen Agitationsreden am Schluß dieser Tagung nicht. Denn Sie sind es gewesen — das stellen wir hier im Plenum fest —, die allen Abwürgungsanträgen der Zentrumsmehrheit und der Arbeitsgemeinschaft zugestimmt haben, die konstant stehengeblieben sind bei allen Einzelabstimmungen und damit bewiesen haben, daß sie einen einheitlichen Block gegen die rheinischen Arbeiter und Bauern bilden. (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Ihr und die Nazis seid sitzengeblieben!)

Wir wollen dabei noch auf ein demagogisches Manöver der SPD-Fraktion hinweisen. Sie haben versucht, ihre Wähler zu beschwindeln, indem Sie im Reichstag einen Antrag einbrachten, den die Kommunisten schon verschiedentlich eingebracht hatten, eine Lantien- und eine erhöhte Einkommensteuer zu erheben. Aber nachdem man die 1,2 Milliarden für die ganze Serie Panzerkreuzer bewilligt hatte, gehen

die SPD-Vertreter, die Vertreter der Braun-Regierung, im Reichsrat dazu über und stimmen gegen die eigenen Anträge ihrer Fraktion, so daß die „Kölnische Zeitung“ heute morgen in einen Lobgesang auf die „verständnissvolle SPD.“ ausbricht, die alles tue, um nur ja die Kapitalbildung und die Produktion der deutschen Kapitalisten nicht zu gefährden. Jawohl, Ihr seid die besten Hüter des Profits!

Die Bourgeoisie hat begriffen, daß die tölpelhaften Nationalfaschisten nur Porzellan kaputt schlagen, daß aber diese gerissenen Schieber von der SPD. es verstehen, das Volk zu betrügen (Vachen bei den Sozialdemokraten). Deshalb weisen wir dieses Theater zurück.

Wie wir schon bei der Etatsrede erklärt haben, lehnt die kommunistische Fraktion sowohl den ordentlichen wie auch den außerordentlichen Haushaltsplan ab. Wir lehnen auch dieses neue Ermächtigungsgesetz ab. Wir werden uns nicht darauf beschränken, im Parlament Protest zu erheben, sondern wir werden diese Tatsachen draußen in den Massenversammlungen der Arbeiter und Bauern publik machen, damit sie mit Euch endlich Abrechnung halten. (Beifall bei den Kommunisten.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Kurth.

Abgeordneter Kurth: Meine Damen und Herren! Dem Herrn Berichterstatter ist insofern ein Irrtum unterlaufen, als der IV. Sachausschuß zu der Drucksache 154 keine Stellung genommen hat, sondern in der vereinigten Ausschußsitzung lediglich der erste Sachausschuß zur Abstimmung zugelassen wurde. Dagegen liegt zu der alten Drucksache 99 und damit auch zu der abgeänderten Drucksache 154 der Abänderungsantrag des IV. Sachausschusses vor. Ich bitte den Herrn Präsidenten, bei Erledigung dieses Antrages der Arbeitsgemeinschaft vorerst den Abänderungsantrag des IV. Sachausschusses zur Verabschiedung zu bringen. Er lautet: „Von der gedachten Kürzung bleiben ausgenommen, die im Etat vorgesehenen Mittel für die freiwillige Erziehungshilfe, Kapitel 48, Titel 16, für kinderreiche Familien, Kapitel 59, Titel 2, sowie die Maßnahmen für die erwerbslose Jugend.“

Dieser Beschluß des IV. Sachausschusses ist weder hinfällig noch zurückgenommen worden.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat der Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Dr. Horion: Meine Damen und Herren! Zu den Ausführungen des Herrn Vorredners möchte ich darauf aufmerksam machen, daß der Beschluß des IV. Sachausschusses ein Abänderungs- und Zusatzantrag zu der ersten Fassung war, die der Antrag der Arbeitsgemeinschaft gefunden hatte. (Wichtig! bei der Arbeitsgemeinschaft.) Diese erste Fassung ging dahin, daß mit Rücksicht auf die heutige Finanzlage schon sofort eine Kürzung vorgenommen werden sollte. Da hat der IV. Sachausschuß zu diesem Antrage erklärt: Diese Kürzung, die etwa sofort vorzunehmen ist, soll sich aber nicht erstrecken auf die Etatstitel, die eben vom Herrn Vorredner aufgezählt worden sind. Aber ich meine, durch die Neufassung des Antrages ist eine andere Situation entstanden. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Die Neufassung verlangt nur, daß man im Herbst oder Winter sich einen Ueberblick über die Finanzlage verschafft und dann sieht, wie weit die Beträge bis dahin

noch nicht ausgegeben sind und ob die Reste dann noch ausgegeben werden können. Ich glaube, daß mit Rücksicht auf diese Neufassung auch der Antrag des IV. Sachausschusses seine Erledigung gefunden hat.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Kenner. (Verzichtet!) Dann Herr Kurth.

Abgeordneter Kurth: Meine Damen und Herren! Ich glaube nicht, daß es zur Zuständigkeit des Herrn Landeshauptmanns gehört, sich in die parlamentarische Erledigung solcher Anträge einzumischen. (Zuruf aus der Arbeitsgemeinschaft: Aber sicher!) Es ist wohl seine Aufgabe, vom Standpunkte der Verwaltung aus zu erklären, was er zu diesem oder jenem Antrage oder Abänderungsantrage zu sagen hat.

Der alte Antrag der Arbeitsgemeinschaft Nr. 99 ist nicht zurückgenommen, sondern lediglich durch die Drucksache 154 abgeändert worden. Aber selbst wenn das bezweifelt würde, so bestände ja die Möglichkeit, den alten Antrag wieder aufzunehmen, und das geschieht hiermit. Ich beantrage also, über den Abänderungsantrag des IV. Sachausschusses abstimmen zu lassen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat der Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Dr. Horion: Meine Damen und Herren! Ich bin mir bewußt, durch meine Ausführungen in keiner Weise über die Zuständigkeit des Leiters der Verwaltung hinausgegangen zu sein (Lebhafte Zustimmung), ich habe vielmehr versucht, die Beratungen und die Entscheidungen des Hauses in jeder Weise zu fördern und den Herren Abgeordneten die nötige Aufklärung zu geben. Infolgedessen muß ich die Belehrung des Herrn Vorredners nach dieser Richtung zurückweisen. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Meine Damen und Herren! Die Sache liegt meiner Meinung nach so. Der Antrag 99 ist im I. und IV. Sachausschuß zunächst durch die Drucksache 149 erledigt worden. Der Antrag 99 ist dann aber durch den Abänderungsantrag unter 154 aus der Welt geschafft worden, der eine völlige Umgestaltung des Antrages 99 darstellt. (Zuruf: Nein, es ist im Prinzip dasselbe!) Ich bin deshalb der Auffassung, daß wir über 149, falls der Antrag 99 nicht ausdrücklich wieder aufgenommen werden sollte, überhaupt nicht abzustimmen haben.

Ich frage deshalb Herrn Abgeordneten Kurth, ob ich ihn richtig dahin verstanden habe, daß er seinerseits den Antrag 99 wieder aufnehmen will.

Abgeordneter Kurth: Ich vertrete schon die Meinung, wenn man dem IV. Sachausschuß den Antrag 99 zur Stellungnahme unterbreitete, dann wäre es auch richtig gewesen, daß man den abgeänderten Antrag 154 im IV. Sachausschuß zugelassen hätte. Es geht nicht, daß man einen Antrag einfach abändert, ohne den IV. Sachausschuß dazu zu hören. Deshalb halte ich an meinem Antrage fest, den alten Antrag wieder aufzunehmen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Der Form ist durchaus genügt worden. Heute vormittag haben der I. und der IV. Sachausschuß zusammen getagt und zu dem Antrage in folgendem Beschluß Stellung genommen: „In dem ersten Absatz des Antrages . . . (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Nein, das ist doch ganz was anderes!). Nein, ich irre mich, es ist etwas anderes.“

Zu diesem Antrag hat nur der I. Sachausschuß entschieden. (Zuruf aus der Arbeitsgemeinschaft: Das genügt auch vollständig!) Es ist richtig, wenn der I. Sachausschuß gehört wurde, so hätte auch der IV. Sachausschuß gehört werden können, weil er sich vorher mit dem einen Antrage schon befaßt hatte. An sich, meine ich, ist die Zuständigkeit des I. Sachausschusses eigentlich ausschließlich für diesen Antrag gegeben, denn es handelt sich um eine Frage der allgemeinen Verwaltung, und zwar der Finanzverwaltung. Wenn man den IV. Sachausschuß hören wollte, so hätte ebensogut der V., VI., II. und III. Sachausschuß auch gehört werden müssen. Ich glaube, es war ein gewisses superfluum, daß zu dem Antrag 99 der IV. Sachausschuß gehört worden ist. Es handelt sich tatsächlich um eine Sache, die zur Zuständigkeit des I. Sachausschusses gehörte.

Aber, meine Damen und Herren, sollen wir uns nun über diese Formalitäten noch lange auseinandersetzen? Was feststeht, ist jetzt, daß der Antrag 99 nicht aufrechterhalten wird, der auch den Antragstellern nachher zu weit zu gehen schien. An dessen Stelle ist der Antrag 154 getreten. Der I. Sachausschuß, der zweifellos für diesen Antrag zuständig ist, ist heute morgen gehört worden, so daß jeder nach genügender Vorberatung weiß, wie er abzustimmen hat. Ich möchte deshalb vorschlagen, daß wir in die Abstimmung eintreten.

Zur Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Gerlach.

Abgeordneter Gerlach: Meine Damen und Herren! Ich glaube, es heißt, den Dingen etwas Gewalt antun, wenn man sagen will: der Antrag 99 liegt nicht mehr vor, auch nicht die Drucksache 149, sondern die Drucksache 154. Der IV. Sachausschuß wollte, ganz gleich, wie der Wortlaut des Kürzungsantrages war, folgendes: Der Antrag zu Drucksache 99 bzw. 154 — müßten wir jetzt sagen — findet im Falle seiner Annahme folgende Ergänzung: „Von der gedachten Kürzung — an Kürzung ist immer noch gedacht, Herr Vorsitzender — bleiben ausgenommen die im Etat vorgesehenen Mittel für freiwillige Erziehungshilfe für kinderreiche Familien sowie für die Maßnahmen der Fürsorge für die erwerbslose Jugend.“ Ich bin der Meinung, daß sich daran auch durch die ganze Diskussion und die Umformulierungen nichts geändert hat. (Sehr richtig! links.) Ich glaube, daß die Mehrheit des Hauses diese Dinge nicht gekürzt haben will. Sonst müßten insbesondere die Herren vom Zentrum, die sich ja sehr für die Annahme dieser Anträge, also für die Nichtkürzung der Positionen, eingesetzt haben, hier ausdrücklich etwas anderes erklären oder durch Abstimmung bekunden. (Zuruf des Abgeordneten Kurth: Der Beschluß ist einstimmig gefaßt worden!)

Um aber aus den Schwierigkeiten herauszukommen, Herr Vorsitzender, beantrage ich namens meiner Fraktion, diesen Antrag mit zur Abstimmung zu bringen. Ich nehme ihn für die Fraktion — damit ist er genügend unterstützt — wieder auf, denn wir befinden uns noch in der Debatte, und ich bitte, nunmehr darüber diskutieren und abstimmen zu lassen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Zweifellos ist dieser Antrag zulässig als Zusatzantrag zu dem Antrage 154. Ich darf doch annehmen, daß der Antrag 99 zurückgezogen ist? Deshalb erübrigt sich auch die Abstimmung.

— Der Antrag ist zurückgezogen — das haben die Antragsteller selbst erklärt — und durch den Abänderungsantrag ersetzt. Die beiden Anträge sind ja nebeneinander gar nicht verträglich.

Wir kommen also zur Abstimmung über 154 und den Zusatzantrag des Herrn Abgeordneten Gerlach, entsprechend dem Antrag des IV. Sachausschusses auf Drucksache 149 zu beschließen. (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Hierzu beantrage ich namentliche Abstimmung!) Der Antrag auf namentliche Abstimmung bedarf der Unterstützung durch 25 Mitglieder des Hauses. Ich bitte diejenigen, die den Antrag unterstützen wollen, sich zu erheben. — Die Unterstützung reicht aus.

Zur Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Dr. Wesenfeld.

Abgeordneter Dr. Wesenfeld: Meine Damen und Herren! Hier hat ein Mißverständnis vorgelegen. Ich hatte angenommen, daß Herr Gerlach für beide Anträge: 154 und den Zusatzantrag die namentliche Abstimmung beantragt hatte. Ich höre, daß er nur für den Antrag 149, den Zusatzantrag, die namentliche Abstimmung beantragt hat. Da würden meine Freunde nicht mit unterstützt haben.

Vorsitzender Dr. Jarres: Um zweifellos festzustellen, wie der Wille des Hauses ist, frage ich Herrn Gerlach: Ging sein Antrag dahin, über 154 oder 149 namentlich abzustimmen? (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Ueber meinen Zusatzantrag!). Ueber Ihren Zusatzantrag. Dann bitte ich diejenigen, die den Antrag auf namentliche Abstimmung über den Zusatzantrag unterstützen, sich zu erheben. — Das reicht aus.

Ich schlage nun vor, daß wir getrennt abstimmen. Wenn sich kein Widerspruch erhebt, so lasse ich zunächst abstimmen über die laufenden Nummern 2, 3, 4, 5 und 7 gemeinschaftlich und nachher über den Punkt 6. — Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Ich bitte diejenigen, die zu den Punkten 2 bis 5 und 7 den Vorschlägen des Sachausschusses zustimmen, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Es ist so beschlossen.

Wir kommen dann zur Abstimmung über den Antrag des I. Sachausschusses auf Annahme der Drucksache 154. Wer dafür ist, den bitte ich, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit.

Dann wird über den Zusatzantrag des Herrn Abgeordneten Gerlach abgestimmt, den Sie auf der Rückseite der Drucksache 149 finden, dahingehend:

„Der Provinziallandtag wolle beschließen:

Der Antrag auf Drucksache 99 (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: 154!) findet im Falle seiner Annahme folgende Ergänzung:

„Von der gedachten Kürzung bleiben ausgenommen die im Etat vorgesehenen Mittel für die freiwillige Erziehungshilfe, für die Kinderreichen sowie für die Maßnahmen für die erwerbslose Jugend.“

Ich bitte die Herren Abgeordneten, ihre Plätze einzunehmen, und bitte die Herren Beisitzer, die verschiedenen farbigen Abstimmkarten zu sammeln. In der Schublade haben Sie die Karten: „Ja“, „Nein“ und „Enthält sich“. Wer für den Antrag des Herrn Abgeordneten Gerlach stimmen will, gibt die weiße Ja-Karte ab, wer dagegen stimmen will, gibt die grüne Nein-Karte und wer sich enthalten will, die braune

Enthaltungskarte. Es hat jeder seinen Namen auf den Zettel zu setzen und den Zettel dann abzugeben.

Sind noch Stimmzettel abzugeben? Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Abstimmung. (Abgeordneter Kurth will noch eine Stimmlarte abgeben.) Die Abstimmung ist jetzt geschlossen. Ich bitte die Herren Beisitzer, die Zählung vorzunehmen. (Die Herren Abgeordneten Andres und Koenzgen zählen.)

Wir können nach der Geschäftsordnung schon in der Verhandlung fortfahren; es darf aber in der Zwischenzeit nicht beschlossen werden.

Wir kommen zunächst zu

Punkt 1 der Nachtragstagesordnung: Einspruch des Abgeordneten Simon gegen die ihm vom I. stellvertretenden Vorsitzenden des Provinziallandtags erteilten Ordnungsrufe.

(Zuruf des Abgeordneten Dunder: O je, das hat aber weh getan!). Herr Abgeordneter Simon hat folgende Beschwerde an den Ältestenrat gerichtet:

„Vom Präsidenten des Provinziallandtags wurden mir heute morgen zwei Ordnungsrufe erteilt, weil ich, nachdem meine Redezeit abgelaufen war, den angefangenen Satz noch vollendete. Sowohl in der gestrigen als auch in der heutigen Plenarsitzung ist in gleicher Weise mehrmals von Rednern anderer Fraktionen verfahren worden, ohne daß vom Präsidenten des Hauses ein, geschweige zwei Ordnungsrufe erteilt worden sind.“

Gemäß § 26 Absatz 2 der Geschäftsordnung erhebe ich Einspruch gegen diese Ordnungsrufe und bitte den Provinziallandtag, gemäß diesem Paragraphen zu entscheiden.“

In dem § 26 heißt es: „Der Redner kann gegen einen Ordnungsruf spätestens am folgenden Sitzungstage schriftlich Einspruch erheben. Der Einspruch ist frühestens auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen. Der Provinziallandtag entscheidet ohne Besprechung, ob der Ordnungsruf berechtigt war.“

Die Form des Einspruchs ist gewahrt worden, denn zweifellos hat Herr Abgeordneter Simon, als er die Beschwerde beim Ältestenrat vorlegte, die Entscheidung durch den Provinziallandtag gemäß § 26 Absatz 2 der Geschäftsordnung gewünscht, wie das im Schlußabsatz ausdrücklich steht.

Der Hergang ist nach dem stenographischen Bericht folgender gewesen:

— Darf ich um etwas Aufmerksamkeit bitten? Sie müssen über den Vorgang im Bilde sein, um nachher ohne Besprechung über den Einspruch entscheiden zu können. —

Nach längerer Rede führte Herr Abgeordneter Simon aus:

„Ich kann Ihnen die Lohnbüten vorlegen, aus denen hervorgeht, daß unsere Maschinenfeger den höchsten tariflichen Lohn hatten und (Zuruf des Abgeordneten Wikard: Nichts bekommen haben!)

Stellvertretender Vorsitzender Eberle: Herr Abgeordneter, ich muß Sie darauf aufmerksam machen, daß Ihre Redezeit zu Ende ist.

Abgeordneter Simon: Ich möchte den Satz noch zu Ende führen.“

(Zuruf des Abgeordneten Sietmeier: Also eine Bitte!)

„Stellvertretender Vorsitzender Eberle: Nein, das kann ich nicht gestatten.“ (Hört, hört! bei den Nationalsozialisten.)

„Abgeordneter Simon: Ich sage es trotzdem.“

Stellvertretender Vorsitzender Eberle: Dann rufe ich Sie zur Ordnung.

Abgeordneter Simon: Ich will nur noch erklären, daß unsere Buchdrucker pro Woche 154 RM verdient haben.

Stellvertretender Vorsitzender Eberle: Ich rufe Sie zum zweiten Male zur Ordnung (Abg. Sietmeier: Hört, hört!) und mache Sie auf die Folgen eines dritten Ordnungsrufes aufmerksam.“

Der Ältestenrat hat sich mit der Angelegenheit heute morgen befaßt und hat nach dem stenographischen Bericht keinen Anlaß gesehen, dem Antrage des Herrn Beschwerdeführers zu entsprechen. (Hört, hört! bei den Nationalsozialisten.)

Sie sind über den Tatbestand jetzt informiert. Die Abstimmung kann im Augenblick noch nicht vorgenommen werden. Ich werde nachher darüber abstimmen lassen, ob Sie dem Antrage des Herrn Abgeordneten Simon entsprechen wollen oder ob Sie der Auffassung des Ältestenrats beitreten und die Beschwerde ablehnen. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Nehmen Sie doch die Ordnungsrufe zurück, tun Sie dem Zungen doch den Gefallen! Zuruf des Abgeordneten Mohl: Der stirbt ja daran!)

Nr. 2: Antrag des I. und IV. Ausschusses zu dem Antrage der S.P.D.-Fraktion, betr. Wiederherstellung des bisher im Etat eingesezt gewesenen Betrages von 200 000 RM für Gesundheits- und Erholungsfürsorge für Kinder Nichtversicherter.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Dr. Hartmann.

Abgeordneter Dr. Hartmann: Meine Damen und Herren! Der I. Ausschuß schlägt Ihnen vor, diesen Antrag anzunehmen. Er bittet dagegen, den zweiten Absatz des Antrages abzulehnen. Es steht nämlich keineswegs fest, ob wirklich diese Summe von 200 000 RM in Anspruch genommen wird. Andererseits war aber der Ausschuß mit der Erklärung des Herrn Landeshauptmanns zufriedengestellt, daß er sich für berechtigt hält, über die 150 000 RM, die im Etat vorgesehen sind, hinauszugehen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Renner.

Abgeordneter Renner: Dieser sozialdemokratische Antrag ist nicht nur typisch für die sozialdemokratische Politik in sozialpolitischen Fragen, sondern hat auch eine Geschichte insofern, als er in den verschiedenen Ausschüssen Wandlungen erfahren hat, die aufseignenswert sind. Ursprünglich hatte der zuständige Ausschuß beschlossen, die Deckung für die 50 000 RM, die mehr gefordert werden, aus dem Dispositionsfonds des Landeshauptmanns und des Provinzialausschusses zu nehmen. Das hat man abgelehnt. Warum? Weil der Dispositionsfonds des Landeshauptmanns nicht angegriffen werden darf. Der Herr Landeshauptmann darf nicht in seiner Bewegungsfreiheit eingeengt werden.

Ein Wort zu dem sozialdemokratischen Antrag. Der Antrag ist eine Täuschung der Öffentlichkeit. Er hat nämlich gar keinen Sinn, wenn man nicht gleichzeitig dafür sorgt, daß in den Gemeinden die Wohlfahrtszuschüsse für diese Aufgaben erhöht werden. Die Gemeinden erhalten nämlich nur dann aus dieser Position eine Unterstützung zur Förderung der Gesundheits- und Erholungsfürsorge für Kinder Nichtversicherungster, wenn sie ihrerseits aus kommunalen Mitteln einen gewissen Prozentsatz aufbringen. In den Kommunen sind aber die Mittel für die Gesundheits- und Erholungsfürsorge überall gedrosselt worden. Wir stehen also bei dieser Tatsache der Abdrosselung der Mittel in den Kommunen hier einem scheinradikalen Antrag gegenüber, der in der Praxis nichts besagt und nichts bedeutet. Das hat die Verwaltung, vor allen Dingen der Herr Landeshauptmann, gut begriffen. Er erklärte: Nun ja, wir haben ohne Deckungsvorschlag auch die Möglichkeit, durch eventuelle Einsparung bei anderen Titeln dieser Position die Deckung zu bekommen.

Ein abschließendes Wort noch an die Sozialdemokratie. Vor wenigen Tagen ist der Reichshaushalt verabschiedet worden. Da ist kein Pfennig für Kinderpeisungen hergegeben worden. Gegen den Antrag der Kommunisten haben auch die Sozialdemokraten gestimmt. Aber 750 Millionen haben Sie für den Reichswehrhaushalt und 50 Millionen für den Panzerkreuzer bewilligt. Der Brüning-Hungeretat enthält nur 240 000 Mark für die Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit. Die Sozialdemokraten haben einen Antrag der Kommunisten, diesen Betrag zu erhöhen, abgelehnt. Dafür haben Sie aber für die Reichswehrpferde 85 Millionen bewilligt. (Sehr wahr! bei den Kommunisten.) Das ist die praktische Fürsorge zugunsten des notleidenden Volkes. Das ist der Brüningkurs!

Vorsitzender Dr. Jarres: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Erörterung. Zur Abstimmung kommen wir nachher.

Nr. 3: Antrag des I. Sachausschusses zu dem Antrage der Fraktion der NSDAP, betreffend Auflösung des Provinziallandtages und Ausschreibung von Neuwahlen.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Marx.

Abgeordneter Marx: Der I. Sachausschuß schlägt Ihnen zu diesem Punkte Uebergang zur Tagesordnung vor.

Vorsitzender Dr. Jarres: Zur Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Renner. Es ist nur zulässig, daß einer gegen diese Art der geschäftlichen Behandlung spricht und einer dafür. Wollen Sie dafür oder dagegen sprechen?

Abgeordneter Renner: Ich will es den Nationalsozialisten abnehmen, ihren Antrag zu verteidigen. (Heiterkeit.) Deshalb spreche ich gegen diesen Vorschlag des Ausschusses. Es gehört meiner Meinung nach tatsächlich zu den Obliegenheiten eines Parlaments, wie es das heute hier versammelte ist, den Willen des Volkes zum Ausdruck zu bringen. (Zuruf des Abgeordneten Siekmeier: Das ist zur Sache!) Das ist zur Behandlung der Tagesordnung.

Vorsitzender Dr. Jarres: Herr Renner, Sie dürfen nur im Sinne einer Geschäftsordnungsbemerkung dazu sprechen, d. h. über die geschäftliche Behandlung und die Geschäftslage des Hauses.

Abgeordneter Renner: Ich verwahre mich dagegen, daß durch diesen Beschluß des Hauses es unmöglich gemacht worden ist, zu diesem Punkt Stellung zu nehmen. Ich muß deshalb auch sagen, warum meiner Meinung nach diese Stellungnahme notwendig gewesen wäre.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das kann ich nicht zulassen. Sie können nur eine Geschäftsordnungsbemerkung machen.

Abgeordneter Renner: Dann will ich nur noch auf eine Tatsache hinweisen: Dieser Antrag der Nationalsozialisten steht in Widerspruch zu ihrer Haltung in Thüringen, wo sie einen Antrag auf Auflösung des Landtages abgelehnt haben. Das wollte ich Euch bloß noch sagen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir stimmen auch hierüber nachher ab.

Nr. 4: Antrag des I. Sachausschusses zu dem Antrage der Fraktion der NSDAP, betreffend Einbau einer Radioanlage im Sitzungssaale des Ständehauses.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Marx.

Abgeordneter Marx: Auch zu diesem Punkte wird Ihnen Uebergang zur Tagesordnung vorgeschlagen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Weder für noch gegen den Antrag wird das Wort gewünscht. Wir kommen auch hierüber nachher zur Abstimmung. (Zuruf des Abgeordneten Renner: Der Lautsprecher, Herr Dr. Leh, sitzt ja im Klingelpütz! Sehr gut! Heiterkeit.)

Außerhalb der Tagesordnung gebe ich nach § 23 der Geschäftsordnung zu einer Erklärung dem Herrn Abgeordneten Siekmeier das Wort.

Abgeordneter Siekmeier: Gemäß § 23 der Geschäftsordnung geben wir zu den im Provinziallandtag vorgebrachten Behauptungen, der Nationalsozialist Terboven, Mitglied des Reichstages, habe sich Verfehlungen gegenüber einem 15jährigen Mädchen schuldig gemacht, folgende Erklärung ab:

Die über Terboven aufgestellten Behauptungen sind un wahr. Gegen die Weiterverbreitung der Verleumdungen, die kürzlich von der in Essen erscheinenden „Tribüne“ gebracht wurden, war bereits eine einseitige Verfügung erwirkt, die es dem Blatt untersagte, weiterhin Artikel mit Behauptungen sittlicher und moralischer Verfehlungen des Terboven zu veröffentlichen.

Am Donnerstag, dem 26. März, fand vor der Zivilkammer des Essener Amtsgerichts die Einspruchshandlung statt. Sie endete mit einer völligen Rechtfertigung Terbovens. (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: So sehen Sie aus!) Es wurde festgestellt, daß die Eltern des Mädchens vor einem unparteiischen Untersuchungsausschuß ihre einseitigen Behauptungen längst widerrufen hatten. Hierüber lag dem Gericht eine neuerliche Erklärung vor, die von der Gegenseite nicht bestritten und vom Gericht als so gravierend angesehen wurde, daß es auf die Ver-

nehmung sämtlicher Zeugen zugunsten Terbovens verzichtete.

Im übrigen ist das Verbleiben des Terbovens in der Nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei die sicherste Gewähr dafür, daß die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen verleumderischer Art gewesen sind. (Lachen links.)

Abgeordneter Renner: Ich erbitte auf Grund des § 23 der Geschäftsordnung das Wort dazu.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das kann ich Ihnen nicht geben. Sie können eine Erklärung außerhalb der Tagesordnung dazu abgeben. Sie ist aber vorher, wie die andere Erklärung, schriftlich bei mir einzureichen.

Abgeordneter Renner: Dann behalte ich mir eine schriftliche Erklärung vor. Es war sehr geschickt, daß Herr Terboven die Erklärung nicht selbst abgegeben hat. Wir haben nämlich hier die Erklärung der Eltern auf dem Papier.

Vorsitzender Dr. Jarres: Herr Abgeordneter Renner, Sie haben nicht das Wort.

Unsere Tagesordnung ist damit erschöpft. Wir haben nur noch die Abstimmungen vorzunehmen.

Ich gebe das Ergebnis der Abstimmungen zu Punkt 6 der Tagesordnung bekannt.

Es sind 131 Stimmzettel abgegeben worden. 75 haben mit ja, 56 mit nein gestimmt. Der Zusatzantrag des Herrn Abgeordneten Gerlach ist demnach angenommen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Ich lasse dann über den Einspruch des Abgeordneten Simon gegen die Ordnungsrufe abstimmen und bitte diejenigen, die die Ordnungsrufe für ungerechtfertigt erachten, sich zu erheben. (Zuruf des Abgeordneten Kolaß: Nazis und Wirtschaftspartei in einer Front!) Das ist nicht die Mehrheit. Der Einspruch des Abgeordneten Simon ist abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über Punkt 2 der Nachtragstagesordnung. Ich bitte diejenigen, die den Antrag des Sachausschusses, Drucksache Nr. 155, annehmen wollen, sich zu erheben. Das ist die Mehrheit. Es ist so beschlossen.

Dann bitte ich Sie, über Nr. 3 abzustimmen. Wer dem Antrag des Sachausschusses auf Uebergang zur Tagesordnung entsprechen will, den bitte ich, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Das ist so beschlossen.

Wer zu Punkt 4 dem Antrage des Sachausschusses auf Uebergang zur Tagesordnung entsprechen will, den bitte ich, sich zu erheben. — Auch das ist die Mehrheit. Es ist so beschlossen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Wird noch das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Dann darf ich dem Herrn Oberpräsidenten melden, daß die Arbeiten des Landtages beendet sind.

Oberpräsident Dr. Fuchs: Meine Damen und Herren! In einer Woche angestrengter Arbeit haben Sie die umfangreiche Tagesordnung erledigt. (Die Nationalsozialisten verlassen den Saal.) Es bleibt mir nur noch übrig, allen denen, die zur sachlichen Erledigung beigetragen haben, den aufrichtigen Dank der Staatsregierung zu übermitteln.

Meine Damen und Herren! Wir haben bestimmt noch ein schweres Jahr vor uns. Ich hoffe aber ebenso bestimmt, daß, wenn wir uns im nächsten Jahre an dieser Stelle wieder treffen werden, dann doch schon ein großer Teil unserer Sorgen zerstreut sein wird.

Ich wünsche Ihnen allen ein gutes Osterfest und schließe damit namens der Staatsregierung den 78. Rheinischen Provinziallandtag. (Bravo!)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Hagen.

Abgeordneter Dr. Hagen: Im Namen derjenigen Abgeordneten, die Sie, verehrter Herr Präsident, und die Herren stellvertretenden Präsidenten gewählt haben, habe ich Ihnen zu erklären, daß wir des Dankes voll sind für die Art und Weise, wie Sie die Leitung der diesjährigen Session durchgeführt haben. Wir sind uns bewußt, daß produktive Arbeit nur geleistet werden konnte bei der Art und Weise, wie Sie die Leitung ausgeführt haben. Unseren verbindlichsten Dank möchte ich hiermit ausgesprochen haben. (Bravo!)

Vorsitzender Dr. Jarres: Ich danke dem Herrn Abgeordneten Dr. Hagen für die Freundlichkeit, die er mir und meinen Herren Kollegen erwiesen hat. Ich darf den Dank auch ausdehnen auf die Herren Schriftführer, die hier eine mühevolle Arbeit zu verrichten hatten.

Aber, meine Damen und Herren, sicherlich sind Sie mit mir darin einig, daß wir dem Büro des Landtages, an seiner Spitze Herrn Direktor Wierß, herzlichsten Dank schuldig sind, den wir hiermit abstatten, für die mustergültige, pünktliche und zuverlässige Arbeit, die dort geleistet worden ist. (Bravo.) Es wäre unmöglich gewesen, unsere Arbeiten zu erledigen, wenn nicht unser Büro in dieser bewährten Weise auch diesmal gearbeitet hätte. Ich danke Ihnen (zu Herrn Verwaltungsdirektor Wierß) verbindlichst und bitte Sie, den Herren des Büros meinen Dank zu übermitteln.

Damit ein schönes Osterfest!

(Schluß: 12 Uhr 35 Minuten.)

